

TOP 24:

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Für ein Wiedererstarken der europäischen Industrie

COM(2014) 14 final

Drucksache: 18/14

Mit der vorliegenden Mitteilung unterstreicht die Kommission die zentrale Bedeutung einer dynamischen Industriepolitik für die wirtschaftliche Erholung der gesamten EU und die Sicherung ihrer Wettbewerbsfähigkeit. Obwohl in weiten Teilen ein Aufwärtstrend erkennbar sei, bleibe der Aufschwung insgesamt verhalten. Aus diesem Grund betont die Kommission, die Förderung von Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit stelle für sie die oberste Priorität dar. So solle sichergestellt werden, dass der Wirtschaftsaufschwung anhalte und weiter zunehme.

Hierfür benennt die Kommission folgende Hauptprioritäten:

- Ausbau der Informations-, Energie- und Verkehrsnetze;
- Vertiefung des Binnenmarktes für Waren und Dienstleistungen;
- Steigerung der Investitionen und Innovationen und neuen Technologien;
- Erleichterung des Zugangs der Unternehmen zu Krediten und Rohstoffen - insbesondere für KMU;
- Verbesserung der Berufsbildung sowie
- Sicherung der Chancen europäischer Unternehmen auf den internationalen Märkten einschließlich des Abschlusses von Freihandelsabkommen mit wichtigen Handelspartnern wie den Vereinigten Staaten, Japan, Indien und Kanada.

Zur Erreichung der vorgenannten Ziele schlägt die Kommission verschiedene Maßnahmen vor. Hierunter nennt sie die rasche Umsetzung bestehender Rechtsakte sowie die schnelle Verabschiedung von im Gesetzgebungsverfahren befindlicher Vorschläge. Darüber hinaus kündigt die Kommission auch neue Vorschläge für Rechtsakte - etwa zur vereinfachten Gründung von KMU - an.

Die Kommission ruft die Mitgliedstaaten dazu auf, durch vergleichbare Maßnahmen auf nationaler Ebene ihren Beitrag zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit in der gesamten EU zu leisten, und kündigt an, die Fortschritte der Mitgliedstaaten in diesem Bereich zu überwachen.

Die **Empfehlungen der Ausschüsse** sind aus der **Drucksache 18/1/14** ersichtlich.